

Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Erkheim täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Haupt-Expedition: SW. Postamt Nr. 46/49. SW. Postamt Nr. 1, Nr. 1031-1034. Filialen: Brunnengasse 41, Rathenowstr. 1...

Redaktion: Jerusalemstr. 46/49. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte über keine der oben genannten Zeitschriften.

Chef-Redakteur: Carl Gollrats, Berlin W. Verlag: Druck. Rudolf Wöste, Berlin SW.

Altkhoff gegen Holle.

„Sitten“ für Holle.

Der frühere preussische Bismarckminister, der unter dem Namen eines Ministerialdirektors die Geschäfte des Kultusministeriums führte. Altkhoff, ist tot; Herr Holle aber ist immer noch am Leben. Es scheint festzu stehen, daß er nicht wiederholt der Boden, darauf er stand, ist unterwühlt. Guter, dem am liebsten mitgewirkt hat, soll Herr Altkhoff gewesen sein. Man liest darüber in den „Verl. Reichstein Nachrichten“:

Es war in unterrichteten Kreisen längst kein Geheimnis mehr, daß der verstorbene Ministerialdirektor Altkhoff, der bei Herrn Gollés Ernennung zwar kein Amt, aber nicht seinen Einfluß an hoher Stelle verlor, keineswegs zu den Günstigen des neuen Ministers gehörte. Aber es wäre doch sehr falsch, die Ursache dafür zurückzuführen, daß Altkhoff ausgerechnet ein Opfer des Ministerwechsels geworden ist, obwohl er noch einige Monate vor dessen Eintritt höhere Ämter bekleidete für sein Verbleiben im Amt zu haben glaubte. Und wenn sich diese Umstände doch bald hinterher als trügerisch erweisen, so war immerhin diese Entlassung nicht die Ursache der wenig freundlichen Gesinnung Altkhoffs gegen den neuen Minister, denn eine Gegenwehr aus getränktem Ehrgeiz lag seinem Wesen fern. Aber Altkhoff war nach dem Ausscheiden mit seinem Amt aus dem Bismarck-Kreis, der das Staatsleben jahrzehntelangen Wirkens unmöglich machte. Bei dieser Ingermantheit von seinem Beruf ist es begrifflich, wenn die mancherlei Irrungen, die das Kultusministerium in der Öffentlichkeit kompromittierten, Altkhoff's heftiges Temperament zu erregen, daß auch man ein hartes Wort der Kritik an einer Stelle vernommen wurde, von der das Sein oder die Abwesenheit eines Ministers abhängt. Und der Reiz folgte naturgemäß „Sitten“, die Herr Dr. Holle in mehr als einem Falle erlitten hat, und die in ihrer Wirkung der Stellung des Ministers verhängnisvoll werden mußten.

Es dürfte nicht uninteressant sein, eine dieser „Sitten“ näher kennen zu lernen, die für das System charakteristisch ist und dabei einer gewissen Romantik unterliegt. Bei einem Jubiläumstag des Ministers gab dem Kaiser ein kleines Märchen mit auf den Weg, eine französische Bürgergarde für den Schulgrund, und knüpfte daran den Wunsch, daß etwas Ähnliches auch für die preussischen Schulen geschaffen würde. Als Herr Dr. Holle auf dem Heimwege das Wort nieder sprach, entwarf er einen Entwurf, der der Herkunft des Wüches verriet — sein eigenes Kultusministerium. Und ein Nachtrag des Ministers, welche ehemalige Erzieher bei Altkhoffen sich in reiferen Jahren zu treffen pflegen. Auch er weilt nicht mehr unter den Lebenden. Aber die Tragik des Schicksals hat es gewollt, daß die Wirkungen des mangelnden Wohlwollens beider Männer in die Erscheinung traten, eine wichtige Tat des Kultusministers den fatalen Einbruch seiner ungenügenden Kraft auszulagern vermochte.

Zugleich arbeiten die Anhänger und Mitarbeiter des Herrn Schwab-Fopff darauf, ihn in die freiverdende hollische Stelle hineinzuführen. Ob die Verbindungen der erhabenen Klasse, die Herrn Schwab-Fopff begünstigt, weit genug reichen, ihn den Weg zum Ministerposten zu bahnen, bleibt abzuwarten.

Die Hotelrente.

Auch ein Zeichen der Zeit.

Die Rentabilität der größeren Hotels hat im letzten Geschäftsjahre einen starken Rückgang erfahren. Fast nur die Geschäftsergebnisse im Beherbergungs- und Gastwirtschaftsgewerbe, das unter den Aktiengesellschaften hauptsächlich durch Hotels repräsentiert wird, für die ersten elf Monate 1908 zusammen, so erhalten wir für 45 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 53,45 Millionen Mark eine Dividende von 2,39 Millionen gegen 3,72 Millionen im Jahre zuvor.

Auf das Nominalkapital berechnet, beläuft sich die durchschnittliche Dividende auf nur 4,5 Prozent, während sie im Jahre zuvor 7,0 Prozent betragen hatte. Stark beeinflusst ist der Durchschnitt durch den Dividendenrückgang bei der Hotelbetriebs-Aktien-Gesellschaft Berlin, die auf ein Aktienkapital von 25 Millionen Mark 12,14 Prozent Dividende zur Verteilung brachte gegen 20 Prozent im Vorjahre. Ferner ist die Savoy-Hotel-Aktiengesellschaft in Berlin zu nennen, deren Geschäftsergebnisse ebenfalls zurückgegangen sind. Eine unangenehme Rentabilität wies auch die Berliner Hotelgesellschaft mit 6 Millionen Mark Aktienkapital auf; sie verteilte im letzten Geschäftsjahre gar keine Dividende, während sie im Vorjahre noch 4 Prozent verteilt hatte.

Ende es auch in der Hauptstadt die großen Berliner Hotels, die kleinere Hotels erzielen als im Vorjahr, so haben doch auch in einigen anderen Großstädten die Hotels unangenehm abgenommen. So letztes Jahr Beispiel die Aktiengesellschaft Hotel Bellevue in Dresden mit einem Aktienkapital von 1,12 Millionen Mark ihre Dividende von 8 auf 6 Prozent herab. Außer bei den Gesellschaften, die eine geringere Dividende zur Verteilung brachten, haben die Geschäftsergebnisse bei einer Reihe Hotels noch infolgedessen weiter verschlechtert, als viele kleinere Gesellschaften, die im

vorletzten Geschäftsjahre einen kleinen Gewinn erzielten, aber keine Dividende verteilten, im letzten Geschäftsjahre mit mehr oder minder beträchtlichem Verlust gearbeitet haben.

König Eduard kommt nicht.

Der Wiener „Neuen Fr. Presse“ wird aus London gemeldet, daß die in Aussicht genommene Reise des englischen Königs Eduard nach Berlin als aufgegeben gelte. Eine Krankheit soll nicht in dem Gesundheitszustand des Königs, sondern in Berliner Verhältnissen liegen.

„A. Katholisches Feldartillerieregiment Erberger.“

Wir haben über verschiedene Fälle berichtet, in denen, namentlich im westlichen Deutschland, sich unter geistlichen Einflüssen katholische Unteroffiziere gebildet haben. Ihr Ruhm hat die evangelischen Genossen nicht lassen lassen; fast daß man diesen konfessionellen Spaltungsergebnissen entgegenarbeitet, hat sich namentlich zu allgemeinem Erfahren in Mainz ein evangelischer Unteroffiziersverein konstituiert, der ganz ähnlich eingerichtet ist wie sein katholischer „Bruderverein“. Vor einigen Tagen hielt der neue Verein in dem vielbesprochenen Gasthof „Rothherd“ eine Abendunterhaltung mit Ball ab, in dem der protestantische Divisionspfarrer die Festrede hielt. Die Musik wurde von einem Regiment mit obligatorischer Teilnahme geleitet. In dem Festabend wurden gedruckte Einladungen verbreitet, die besonders den Charakter der Vereinigung als „evangelisch“ betonten, und zwar geschah die Verbreitung unter den Augen des Offizierskorps!

Genen die Maßregelung Rödels.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins“ erstellte folgende Erklärung: „Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins hat mit tiefem Bedauern von der durch den großherzoglichen Oberkonsulten erfolgten Maßregelung des Oberlehrers W. Rödel in Mannheim Kenntnis genommen. Der Ausschuss dessen Mitglieder die Bischofskonferenz des Herrn Rödel selbst gehört haben, kann das Urteil des großherzoglichen Oberkonsulten, daß Herr Rödel das heimatliche Schulwesen „dem Geist und der Mithandlung der aus ganz Deutschland und auch aus dem Ausland besuchten Lehrerverammlung“ ausgesetzt habe, nicht als zutreffend anerkennen. Ihm ist die Beurteilung des hiesigen Schulwesens durch Herrn Rödel als eine auf genauer Kenntnis der Tatsachen beruhende sachmännliche Erörterung erschienen. Er kann auch den Vorwurf, daß Herr Rödel, alles, was an Punkten der heimischen Schulgeschichte hätte lauten und den Beifall der Versammlung haben können, öffentlich unterdrückt habe, nicht als berechtigt ansehen; die Diskussion einer pädagogischen Einseitigkeit in einer von Laien aus dem Lehrern besuchten Versammlung erfordert Beschränkung auf die unbedingt und zunächst zur Sache gehörenden Verhältnisse.“

Die Deutsche Lehrerverammlung ist nach Ansicht des Geschäftsführenden Ausschusses die geeignete Stelle, die Vorzüge und Mängel der Volksschule in den einzelnen deutschen Staaten zur Sprache zu bringen. Es dürfte demgegenüber von Darlegung tatsächlicher Mängel der heimatischen Schulwesen an dieser Stelle keinem deutschen Volksschullehrer ein Wort zu sagen sein. Die Deutsche Lehrerverammlung würde über das Verbleiben von Lehrern nicht entscheiden, wenn sie nicht die fernstehenden Mitglieder des Deutschen Lehrervereins, wie es im Falle Rödel geschehen ist, dazu anregen würde.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins

bedauert deswegen, daß die Schulbehörde eines Staates, der in der Pflege und Entlohnung der Volksschule in anderer Beziehung in ausnehmender Weise voranzugewandert ist, zur Maßregelung eines fernstehenden Lehrers sich hat entschließen können. Auch ähnliche Maßnahmen würde die öffentliche Erörterung von Erziehungs- und Bildungsfragen in großen Versammlungen überhaupt in Frage gestellt werden.“

Der preussische Staat als Verschwender.

Im Kapitel „altpreussische Sparmaßnahmen“ kann auch aus Raffel ein nicht uninteressanter Beitrag geliefert werden. Das neue Dienstwohnungsgebäude des Oberlandesgerichtspräsidenten v. Hoffe, das kürzlich bezogen worden ist, hat mit dem Bauhaupte, der in einem der letzten Jahre des Weltkriegs sich befindet, rund 230.000 Mark gekostet, was bei der hohen Gehaltsbefreiung und bei Gehältern, die die Stadt zahlt, einem jährlichen Mietbetrage von 12-13.000 Mark entspricht. Dabei hat der jetzige Bewohner des Hauses gar keine Verwendung für die vielen Räume und scheint, um die Nutzbarkeit solcher luxuriösen Dienstwohnungen darzutun, persönlich ein Sparsamkeit und sparsam zu wachen, was der Staat vernachlässigt. Die Anforderungen für die öffentlichen bestimmten Räume sind aber für den in Dunkel gestellt. Ein oder zwei bescheiden erleuchtete Zimmer vertragen, das das Haus bewohnt ist. Die ganze Anlage ist eben eine solche, daß nur ein sehr wohlhabender Mann genaugen Gebrauch davon machen kann. Der Präsident würde aus eigenen Antrieben sicher nicht den dritten Teil der Summe als Wirt ausgeben, die Verzinsung und Unterhalt des Hauses den Steuerzahlern stellen.

Zeheran, 21. Dezember. Da es den Nationalisten nicht gelungen ist, auf die Mittelung um Wiederherstellung der Verfassung eine Antwort von Schab zu erlangen, nehmen sie nunmehr in den folgenden Wochen die Nationalisten zu erwarten.

Ein frommer Sünder.

Ein Unbekannter schickte einem Handwerksmeister in Grimmitzschau i. S. dieser Lage folgenden Brief: „Gehter Herr H. Schide haben hier in Weidenmarken 20 Pfennig für Ihnen früher entworfene Zuckervaren und bitte Sie um Verzeihung. Durch Gottes Gnade bin ich jetzt Eigentümer geworden, und da möchte ich, soweit ich kann, alles wieder gutmachen, was ich unrecht getan habe. H. H.“

Ob dieser fromme Sünder wohl auch das Geld zurückgeschickt hätte, wenn er das Opfer seiner hüben Gefühle um 200 Mark statt um 20 Pfennige geschädigt hätte? 0,20 Mark — das ist eine ziemlich billige Augenboligkeit.

Der Sieg der französischen Sozialisten.

Nach einem Telegramm aus Paris beschäftigen sich die dortigenblätter fortwährend mit dem von den geistlichen Sozialisten bei dem am Sonntag vorgenommene Kamererfassungsergebnissen. Jaures schreibt in der „Humanité“:

Die vorerwähnten Wahlergebnisse haben in der politischen und parlamentarischen Welt großen Eindruck hervorgerufen. Nach einstimmiger Anschauung ist dies der schwerste Schlag, den das Ministerium seit langem erlitten hat, und die erste Warnung, die es an Anderen befristenden radikalen Partei erteilt wurde.

Das Debüt des Grafen Bernstorff.

Wie aus New-York berichtet wird, ist dort gestern der neue deutsche Botschafter für die Vereinigten Staaten, Graf Bernstorff, eingetroffen. Das erste, was der Nachfolger Graf v. Sternburg tat, war, daß er den bei seiner Landung anwesenden, kommunistischen „Generalen“, den Vertretern der amerikanischen Presse, eine lange Erklärung übermittelte, in der er sich über die guten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten aussprach und es als sein vornehmstes Ziel bezeichnete, diese guten Beziehungen nach Kräften zu fördern. Der neue Botschafter schloß seine Erklärung mit den Worten:

„Das neue Postkonnventen ist in Deutschland mit großer Genehmigung begrüßt worden, und wir hoffen, daß es zur Verstärkung des freundschaftlichen Verkehrs zwischen den beiden Völkern wird.“

Gegen das Oberhaus.

Nach einem Telegramm aus London sagte der Kanzler der Schatzkammer, Lord George, in einer Rede in der Oberkammer über die Bewegung literarischer Maßregeln durch die Lords: Lord Lansdowne hätte sich eine Persönlichkeit angesehen, die seit den Tagen Karls I. nicht beauftragt worden wäre. Die Not des Landes ist nicht zu einer gebietenden Notwendigkeit, daß der Streit mit den Lords zur Entscheidung gebracht werde. Lord-George betonte dann eingehend das Streben nach Liberalismus und sagte, auf daß das Wort der Steuern zu steuern, wollten die Liberalen ohne Befähigung der Industrie Steuern erheben. Sie möchten etwas tun, um das Land in die Gewalt des Volkes zu bringen. Die Mittelquellen des Landes wären durch das Feudalsystem zugestoren; er sehe sich nach dem Frühling, wenn es tate und das Volk die Erbschaft antrete.

Wie weiter aus London berichtet wird, hat der König von England eine Kommission ernannt, die die seit langem bestehenden, teils erst vorerwähnten Entwurfe über die völlige Sicherung des repräsentativen Charakters der vom Volke erwählten Körperschaften prüfen soll.

Der Rixdorfer Wahlrechtsraub und der Mittelstand.

Der Rixdorfer Wahlrechtsraub hat nicht bloß in der Sozialdemokratie, sondern vor allem auch bei den Angehörigen des Mittelstandes in Rixdorf eine tiefe Empörung nachgerufen. Das zeigte sich in der Wahlerversammlung, die von dem sozialistischen Verein in Rixdorf abends nach der Versammlung in der Hermannstrasse einberufen war. Das hohe Geistes der bürgerlichen Wahlrechtsverleumdung hätte sich schon vorher darin gezeigt, daß die Versammlung alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt wurden. So hatte man den Fernostern die Aufhebung der Versammlung an den öffentlichen Aufstellungen unmöglich gemacht. Die Firma, in deren Händen das Rixdorfer Aufschlagswesen monopolisiert ist und deren Teilhaber einer der fünf „liberalen“ Wahlrechtsverleumdung ist, hatte den Aufschlag der Wähler „wegen Raummannges“ abgelehnt. Eine feierliche Begründung, wenn man bekennt, daß die Rixdorfer Aufschlagswesen umfangreicher als die Berliner und selten vollständig befreit sind. Trotz des Festhaltens der Sammelversammlung war die gestrige Versammlung schon eine halbe Stunde vor der Gründung schon besetzt überfüllt, das niemand mehr Einlaß finden konnte. In den Reihen waren die Wahlrechtsverleumdung an Stühlen, um durch die geöffneten Türen die Reden zu hören.

Der Arbeiter, Dr. Raboff, stellte sich dabei über den Gehalt der Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit. Diese Majorität, so führte er aus, hat das Jubiläum der Stadtverordneten auf eine ganz besondere Weise begangen. Der Majorität hat als Werbungsangelegenheit die Ueberwindung bezweckt, daß einem großen Teil dieser Bevölkerung das Wahlrecht verweigert wurde. Der Redner widerlegte dann die falschen Behauptungen, die das Rixdorfer Organ der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit für die Wahlrechtsverleumdung angeführt hat. Da heißt es, die Wähler der zweiten Klasse hätten vielfach unter dem Zerkowismus der Sozialdemokratie zu leiden gehabt. Diese Behauptung ist um so lächerlicher, als viele Wähler dem „Sozialdemokratischen Zerkowismus“ ja um so mehr angezogen werden, je mehr man sie in die dritte Klasse zurückführt. In Wirklichkeit ist die für die bürgerliche